# IDZ – INSIGHTS

## NEWSLETTER DES INSTITUTS FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

twitter.com/idz_jena

facebook.com/idzjena

www.idz-jena.de

2021 | 01

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG

# Vorwort

Liebe Leser:innen,

irgendwann, so heißt es, verdichten sich Ereignisse und es entsteht eine andere Stimmung. Gerade erleben wir, wie sich verschiedene Strömungen des Antisemitismus einander so annähern, dass hier eine neue Qualität sichtbar wird. Nehmen wir die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Es wurde bereits viel darüber gesagt, wie erstaunlich es ist, welche unterschiedlichen Milieus hier zusammenfinden. Aber ist das wirklich erstaunlich? Nur weil die einen Batiktücher tragen und die anderen Reichsfahnen? Keineswegs, denn ihre Gemeinsamkeit liegt im Antisemitismus, der eben nicht nur eine Spezialität extrem Rechter ist. Alle antimodernen Strömungen, die damit hadern, dass unsere Gesellschaft vielfältiger, globaler, konkreter, pragmatischer, komplexer wird, haben ein Problem. Ihre einfachen Erklärmuster reichen nicht mehr und deshalb bauen sie sich eine Welt voller Verschwörungsideologien, an deren Ende immer ein Jude sitzt und die Stippen zieht. Zu anderen Formen des Antisemitismus, wie Israelhass, Geschichtsrevisionismus, verkürzte und stereotypisierende Kapitalismuskritik und den alten unsterblichen Neid, kommt jetzt noch das: die vereinte Antimoderne, die Corona zum Anlass nimmt, um mit Nazis gemeinsam gegen die in der Pandemie gebotene Vernunft und „jüdische“ Schulmedizin zu protestieren. Antisemitismus scheint nur kompliziert zu sein, weil er so viele unterschiedliche Akteure hat: Rechte, Linke, Islamisten, Verschwörungsgläubige und eine Heerschar von Hippies, Heilpraktiker:innen und Impfgegner:innen. Aber das Phänomen Antisemitismus bleibt immer gleich. Er unterstellt Juden bestimmte Eigenschaften, böse Absichten und eine heimliche und unheimliche Macht. Und Antisemitismus, wie er jetzt aus den verschiedensten Ecken laut wird, wächst langsam zusammen und es entsteht diese neue Qualität. Ein Netz aus Antisemitismen zieht sich gerade zusammen und eine Wand baut sich auf. Das ist gefährlich, das ist neu in der deutschen Nachkriegszeit. Deshalb müssen wir jetzt gegen Antisemitismus angehen. Auch mit der Wissenschaft. Und auch mit der Beratungsstelle RIAS für Thüringen – das IDZ lädt anlässlich des Themenjahrs „900 Jahre Jüdisches Leben in Thüringen“ am 28. Januar 2021 zum Forum „Antisemitismus“ ein, um mit Expert:innen aus Wissenschaft, Politik und Bildung über Antisemitismus ins Gespräch zu kommen; neben aktuellen Forschungsergebnissen des IDZ wird die neu gegründete Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen vorgestellt.

**Anetta Kahane**

# Impressum

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Talstraße 84, 07743 Jena

In Trägerschaft der:

Gefördert von:

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/ die Autorin bzw. tragen die Autor/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

# INHALT


4 Antisemitismus – die ewige Bagatellisierung

7 Forum Antisemitismus: Erscheinungsformen, Erkenntnisse & Handlungsstrategien

8 Aktuelles aus den Forschungsprojekten

14 Aus der Arbeit des IDZ: Vorträge & Veranstaltungen

16 Neue Sachbücher der IDZ-Kolleg:innen

18 Interview mit Franziska Hartung

20 NSU-Komplex in Jena: kein Schlussstrich

21 Digitale Tagung „Hate not found?!“

22 Neue Materialien und Texte aus dem IDZ

23 Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung: Call for Papers

# Antisemitismus – die ewige Bagatellisierung

**von Joël Ben-Yehoshua**

Immer wieder, wenn öffentlich über Antisemitismus debattiert wird, lässt sich beobachten, wie die Kritik an antisemitischen Aussagen oder Handlungen abgewehrt oder bagatellisiert wird. Nicht selten wird Kritik am Antisemitismus mit antisemitischer Rhetorik gekontert. So ist die Geschichte des modernen Antisemitismus auch eine Geschichte der Bagatellisierung jüdischen Leidens.

Dass Antisemitismus mit antisemitischen Argumenten gerechtfertigt wird, ist wenig überraschend und hat lange Tradition. Der Jenaer Philosoph Jakob Friedrich Fries verfasste 1816 eine antisemitische Hetzschrift, in der er sich in eine Debatte darüber einschaltete, ob Jüdinnen und Juden volle Bürgerrechte erhalten sollen. Fries lehnte das vehement ab. Er hielt zudem fest, dass er nicht an eine Diskriminierung von Jüdinnen und Juden glaube: „Unwidersprechliche Thatsachen müssen uns abhalten, […] in das Geschrey über ungerechte Verfolgung, fanatischen Druck, Aufhetzung christlicher Pfaffen u.s.w. einzustimmen. Die Juden sind in Deutschland von jeher auf eine Weise behandelt worden, die mit den Rücksichten auf das Deutsche Volk sowohl, als den Forderungen der Menschlichkeit übereinstimmte.“ (Fries 1816: 4). In dieser Passage finden sich rhetorische Mittel, die bis heute zur Marginalisierung jüdischer und antisemitismuskritischer Perspektiven herangezogen werden. Daher lohnt es sich, dieser Rhetorik einmal explizit nachzugehen. Erstens bezeichnet Fries alle Klagen der Jüdinnen und Juden über Verfolgung, Unterdrückung und Hetze als „Geschrey“. Damit bedient er das Stereotyp des „verweiblichten“, weinerlichen Juden, der hysterisch rumschreit, überempfindlich und deswegen nicht wirklich ernst zu nehmen ist. Zweitens suggeriert er, die Verfolgung von Jüdinnen und Juden sei zumindest in Teilen gerecht: Das „Geschrey über ungerechte Verfolgung“ steht im Widerspruch zu Fries Überzeugung, „die Juden“ seien in Deutschland stets gerecht und gemäß der „Forderungen der Menschlichkeit“ behandelt worden. Fries deutet also an, „die Juden“ müssten etwas getan haben, was Pogrome und Vertreibungen provoziert habe, sprich: Sie seien selbst schuld am Judenhass, am Antisemitismus. Wenn es aus Fries‘ Perspektive so klar ist, dass Jüdinnen und Juden niemals Unrecht widerfahren ist, wieso „schreien“ sie dann herum? Hier schließt sich ein drittes antisemitisches Motiv an, nämlich das der „jüdischen Verschlagenheit“: Das „Geschrey“ kann nicht bloß als authentischer Ausdruck echten Leidens verstanden werden, sondern auch als bewusst übertriebene Simulation von Leid, mit der verborgene, finstere Absichten verfolgt werden.

Dass diese drei rhetorischen Mittel in der zitierten Stelle nicht eindeutig, sondern nur in Form von Andeutungen und Suggestionen präsent sind (Fries wird an anderer Stelle seines Pamphlets wesentlich deutlicher), ist dabei Teil einer Rhetorik, die an ein stilles Verständnis und Einverständnis seitens der Leser*innen appelliert. Rhetorisch greift Fries verbreitete Stereotype auf, ohne sie explizit zu benennen.

Diese Stereotype sind auch heute noch präsent: Das Stereotyp der „Verweiblichung“ und Überempfindlichkeit wird regelmäßig bei halb garen „Entschuldigungen“ nach antisemitischen Fehltritten aufgewärmt: Im Oktober 2020 etwa erschien in der Süddeutschen Zeitung (SZ) ein antisemitischer Artikel über den jüdischen Pianisten Igor Levit. Die Art und Weise, wie gegen Levit polemisiert wurde, erinnerte stark an Richard Wagners antisemitischen Aufsatz „Das Judenthum in der Musik“ von 1850. Die SZ-Chefredaktion veröffentlichte daraufhin eine Replik an die Kritiker*innen (Krach/Wittwer 2020). Anstatt sich für die antisemitische Polemik zu entschuldigen, hieß es in der Entschuldigung: „Manche empfinden den Text als antisemitisch“. Doch solche Entschuldigungen sind vergiftet: Anstatt selbstkritisch einzugestehen, einen Fehler gemacht zu haben, wird darauf hingewiesen, dass manche Menschen sehr empfindlich sind. Die Logik lautet: Hätte sich niemand beklagt, hätte sich auch niemand etwas zuschulden kommen lassen. Die Dynamik öffentlicher Empörung zwang die SZ dazu, sich zumindest dafür zu entschuldigen, dass man offenbar Anlass zur Klage gegeben hat. Zeichen dafür, dass der Inhalt der Klagen ernst genommen wird, gab es jedoch wenige.

Auch die Idee, dass die Juden selbst schuld seien am Antisemitismus, und der Hass auf Jüdinnen und Juden daher in gewisser Weise ein Ausdruck eines gesunden Gerechtigkeitsempfindens sei, ist bis heute präsent. Am deutlichsten zeigt sich dies beim israelbezogenen Antisemitismus: Aus „Die Juden sind schuld am Antisemitismus" ist nach der Shoah „Israel ist schuld am Antisemitismus" geworden. In der letzten Mitte-Studie von 2019 stimmten 27% der Befragten folgender Aussage zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat" (Zick et al. 2019: 70f.). Diese Einstellung ist wenig überraschend in Anbetracht der Häufigkeit, mit der in zahlreichen Leitmedien Gewalt von palästinensischer Seite, bei der wahllos Jüdinnen und Juden umgebracht werden, immer wieder als „Widerstand" und notwendige Gegenwehr geadelt und gerechtfertigt wird, während der in den palästinensischen Gebieten und insbesondere bei der politischen Führung grassierende Antisemitismus verschwiegen wird.

Im Widerspruch dazu ist Antisemitismus heute offiziell geächtet. Vielen gilt es als Rufmord, jemanden zu bezichtigen, antisemitische Positionen zu vertreten. Oft werden nicht die Antisemit*innen, sondern ihrer Kritiker*innen kritisiert (Salzborn 2020: 20). Der Inhalt des Vorwurfs wird beiseite getan und als solcher nicht ernst genommen – stattdessen fragen sich kritisch gerierende Geister nach der eigentlichen Intention, die hinter solchen Vorwürfen steckt. Dies konnte man im Frühjahr 2020 im Rahmen der sogenannten „Mbembe-Debatte" beobachten: Anstatt inhaltlich auf die Vorwürfe einzugehen, die dem kamerunischen Historiker Achille Mbembe und seinen Unterstützer*innen in Deutschland gemacht wurden, wurde behauptet, es ginge bei den Vorwürfen gar nicht um Kritik an einer antisemitischen Position, sondern darum, Kritik am Staat Israel mundtot zu machen. Diejenigen, die Antisemitismus benennen, werden als verschlagen und unaufrichtig angeklagt. Die primär vorgetragene Kritik wird nicht ernst genommen, stattdessen wird direkt nach finsteren dahinterliegenden Absichten gefragt.

Natürlich sind bei Weitem nicht alle Beiträge in solchen Debatten antisemitisch. Aber oft gehen Ignoranz und Antisemitismus eine gefährliche Mischung ein, die dazu beiträgt, Antisemitismus zu normalisieren. Die Grenzen zwischen Ignoranz und Antisemitismus sind dabei schwer zu ziehen. Gerade deswegen ist es wichtig, dass Kritik am Antisemitismus ernst genommen wird. Wer aber Klagen über Antisemitismus bloß als „Geschrey" Überempfindlicher, Uneinsichtiger oder finster Verschworener abtut, bedient sich selbst antisemitischer Mittel. Allen drei Formen der Bagatellisierung ist gemein: Jüdinnen und Juden werden nicht ernst genommen; es sei denn, sie vertreten zufällig die Position, die zur eigenen Argumentation passt.

Mit der Einrichtung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen bietet das IDZ künftig eine niedrigschwellige Möglichkeit, antisemitische Vorfälle zu melden. Damit möchten wir einen Beitrag dazu leisten, dass jüdische Perspektiven nicht weiter bagatellisiert, sondern endlich ernst genommen werden. RIAS Thüringen wird in Zukunft Antisemitismus in Thüringen wissenschaftlich dokumentieren und auf Grundlage dieser Erkenntnisse die Öffentlichkeit für Antisemitismus sensibilisieren – um Antisemitismus und Ignoranz aktiv entgegenzutreten. RIAS Thüringen ist Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands RIAS e.V. und wird über den Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus der Thüringer Staatskanzlei Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff gefördert.

**Literatur**

Fries, Jakob Friedrich (1816): „Ueber die Gefaehrdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden". Heidelberg: Mohr & Winter.

Krach, Wolfgang/Wittwer, Judith (2020): Chefredaktion bittet Igor Levit und SZ-Leser um Entschuldigung. Online: https://www.sueddeutsche.de/kolumne/igor-levit-sz-entschuldigung-1.5085383 [07.12.2020].

Salzborn, Samuel (2020): Sprechen und Schweigen über Antisemitismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 70, S. 26f.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019) [Hrsg.]: Verlorene Mitte – Feinselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz.

# Neue Mitarbeiter:innen des IDZ

**Susanne Haldrich** ist seit Juni 2020 als Redakteurin am IDZ tätig und v.a. mit der Redaktion und Umsetzung von Bucherstellungsprozessen betraut – insbesondere mit der Redaktion und dem wissenschaftlichen Lektorat der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ sowie der redaktionellen Bearbeitung der „Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung“. Sie studierte Germanistische Literaturwissenschaft, Psychologie und Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und war von 2011 bis 2020 als freiberufliche Lektorin tätig, seit 2014 zertifiziert als „Freie Lektorin ADM“.

Seit Juli 2020 ist **Susanne Undisz** Referentin für Wissenschaftskommunikation am IDZ im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Dabei beschäftigt sie sich mit der Kommunikationsstrategie des IDZ, Online- und Offline-Kommunikation, Veranstaltungsorganisation sowie Tansfermethoden. Vor ihrer Tätigkeit am IDZ baute sie von 2018 bis 2019 im Rahmen ihrer Stelle als Assistenz der Geschäftsführung den Marketing-Bereich bei einem Jenaer ophthalmologischen Fachhändler auf. Expertise im Feld der Wissenschaftskommunikation sammelte sie unter anderem von 2011 bis 2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Graduierten-Akademie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Parallel zu dieser Tätigkeit begann sie 2013 eine Promotion am Institut für Soziologie zu beruflichen Orientierungsmustern von Postdocs. Sie studierte Medien- und Kommunikationswissenschaften, Psychologie und Soziologie an der Universität Jena und der Université de Haute Bretagne Rennes 2.

**Amani Ashour** ist seit August 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IDZ und forscht im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu In- und Exklusionserfahrungen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen sowie deren (sub-)gruppenbasiertem Engagement im Kontext gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie studierte Soziologie technikwissenschaftlicher Richtung an der TU Berlin und absolvierte anschließend den Master in Soziologie an der FSU Jena. Ihre Abschlussarbeit verfasste sie im Bereich der Human-Animal Studies über die anhaltende Tiervergessenheit in der Soziologie.

Seit Sommer 2020 ist **Maria Schiffels** Mitarbeiterin am IDZ und im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) in Kooperation mit der Ernst-Abbe-Hochschule Jena mit der Entwicklung des Masterstudiengangs „civic education“ am Fachbereich Sozialwesen der EAH beauftragt. Sie studierte evangelische Theologie an den Universitäten Hamburg und Leipzig und wurde im Anschluss daran in Lübeck und Wuppertal zur Pastorin ausgebildet. Vor ihrer Tätigkeit am IDZ hat sie am Fachbereich Sozialwesen der Ernst-Abbe-Hochschule Jena im Dekanat sowie in der evangelischen Friedensarbeit gearbeitet – zunächst als Referentin, dann als Geschäftsführerin der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden im Verein für Friedensarbeit e.V. Sie ist außerdem durch interculture e.V. ausgebildete Coachin.

**Joël Ben-Yehoshua** ist seit September 2020 wissenschaftlicher Referent für die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (RIAS Thüringen). Er hat Philosophie (M.A.) mit den Nebenfächern politische Theorie und Theologie sowie Physik (B.Sc.) mit den Nebenfächern Chemie und Geologie studiert. In seiner Masterarbeit untersucht er, wie Hannah Arendt in ihrem Werk den Topos Wahrheit thematisiert. Nebenbei ist er Lehrbeauftragter am Institut für Philosophie der Philipps-Universität Marburg. Seine Schwerpunkte und Forschungsinteressen sind Antisemitismus, Kritische Theorie, Philosophie der Aufklärung und der Themenkomplex Wahrheit und Lüge.

# Forum Antisemitismus: Erscheinungsformen, Erkenntnisse & Handlungsstrategien

**Digitales Forum des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) am 28. Januar 2020**

76 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 gehört Antisemitismus für Jüdinnen und Juden in Deutschland noch immer zum Alltag. Bundesweit werden laut Polizeistatistik durchschnittlich 4 bis 5 antisemitische Delikte pro Tag verübt – Tendenz steigend. Auf Schulhöfen, auf der Straße und im Internet sind Jüdinnen und Juden antisemitischen Angriffen ausgesetzt. Die Corona-Pandemie und soziale Netzwerke wirken als Katalysatoren für antisemitische Verschwörungsideologien und haben die Verbreitung antisemitischer Denk- und Artikulationsmuster massiv beschleunigt – auch in Thüringen.

Das IDZ lädt anlässlich des Themenjahrs „900 Jahre Jüdisches Leben in Thüringen“ am 28. Januar 2021 dazu ein, mit Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Bildung über Antisemitismus ins Gespräch zu kommen. Wie im Newsletter-Leitartikel von Joël Ben-Yehoshua (vgl. S. 4f.) bereits erwähnt, ist die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (RIAS Thüringen) am IDZ angebunden und wird am 28. Januar vorgestellt – neben aktuellen Forschungsergebnissen des IDZs. In welchen Erscheinungsformen zeigt sich Antisemitismus heute und wie bedroht dieser den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Welche Einblicke kann die Forschung zu Antisemitismus in Deutschland geben? Wie können Antisemitismus bekämpft und die Perspektiven von Jüdinnen und Juden gestärkt werden? Diese und weitere Fragen werden gemeinsam diskutiert.

Exklusiv wird bei der Veranstaltung der neue Band der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ des IDZ mit dem Schwerpunkt Antisemitismus vorgestellt. Der achte Band liegt gedruckt vor und kann unter bestellung@idz-jena.de angefordert werden, zudem sind alle Beiträge open Access, also frei zugänglich, im Internet zur Verfügung unter https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/band-8-antisemitismus/.

Die Veranstaltung kann online und ohne Registrierung via Livestream verfolgt werden, der Link wird auf der Website des IDZ www.idz-jena.de bekannt gegeben. Referent*innen der Online-Veranstaltung mit Livestream sind u.a.:

- Prof. Dr. Dr. hc. Monika Schwarz-Friesel (Technische Universität Berlin)
- Prof. Dr. Gideon Botsch (Leiter der Emil Julius Gumbel-Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam)
- Prof. Dr. Roland Imhoff (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)
- Prof. Dr. Reinhard Schramm (Jüdische Landesgemeinde Thüringen/angefragt)
- Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum für Prävention & Empowerment der ZWST)
- Anetta Kahane (Vorsitzende Amadeu Antonio Stiftung)

## Aus der Arbeit des IDZ: IDZ Web Talk

### „Im Schatten der Wende. 1989/90 und das Wiedererstarken von Antisemitismus und Rassismus“

Anlässlich der Veröffentlichung der 7. Ausgabe der „Wissen schafft Demokratie“ zum Schwerpunkt „Kontinuitäten“ lud das IDZ zur dreiteiligen Web Talk-Reihe „Stereotype im Langzeitnarrativ“ ein, in der zentrale Themen des Hefts im Rahmen von digitalen Podiumsdiskussionen vorgestellt wurden. Den Auftakt machte der Web Talk „Im Schatten der Wende. 1989/90 und das Wiedererstarken von Antisemitismus und Rassismus“ am 18. Juni 2020. Die Veranstaltung wurde von Dr. Anja Thiele moderiert. Vor dem Hintergrund des 30. Jubiläums der Wiedervereinigung diskutierten die Vorsitzende der Amadeu Antonio-Stiftung, Anetta Kahane, die Politikwissenschaftlerin Dr. Carsta Langner der Universität Jena und der Referent der Bildungsstätte Anne Frank, Robin Koss, über Ursachen und den erinnerungspolitischen Umgang mit der massiven rassistischen und antisemitischen Gewalt der 1990er Jahre. Koss problematisierte den Ausschluss von jüdischen, schwarzen und migrantischen Perspektiven in der heutigen Erinnerung an die „Wende“. Die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln und Solingen stünden im Widerspruch zur „Erfolgsgeschichte“ von Mauerfall und Wiedervereinigung. Dass die rassistische und antisemitische Gewalt auch eine Vorgeschichte hatte, arbeiteten Kahane und Langner aus autobiographischer und wissenschaftlicher Perspektive für Ost- und Westdeutschland heraus.

Band 7 der „Wissen schafft Demokratie“ kann unter bestellung@idz-jena.de kostenlos bestellt werden. Alle Beiträge stehen als PDF-Dokumente auf der Website des IDZ zum Download bereit.

# Aktuelles aus den Forschungsprojekten am IDZ

## Start von JUROP: Jugendliche und Europa – zwischen Polarisierung und Zusammenhalt

Zum Januar 2021 ist am IDZ das dreijährige neue Forschungsprojekt „Jugendliche und Europa: zwischen Polarisierung und Zusammenhalt“ (JUROP) gestartet. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbundprojekt wird gemeinsam mit Prof. Peter Noack und Dr. Katharina Eckstein vom Institut für Psychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie Prof. Dr. Philipp Jugert vom Institut für Psychologie der Universität Duisburg-Essen durchgeführt. Das Vorhaben ist Teil des BMBF-Förderschwerpunktes „Zusammenhalt in Europa“ und wurde am 12. November 2020 während einer Online-Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zum Start der Forschungsförderlinie „Zusammenhalt in Europa“ vorgestellt.

Das Forschungsprojekt unter Projektleitung von Dr. Janine Dieckmann geht der Frage nach, wie junge Menschen in Deutschland den demokratischen Zusammenhalt in Europa bzw. der Europäischen Union (EU) wahrnehmen und erleben. Untersucht werden zum einen Orientierungen Jugendlicher mit Blick auf Europa und die EU. Zum anderen wird die Ebene des Verhaltens betrachtet. Mit Blick auf den europäischen Zusammenhalt soll nicht nur politisches Engagement für Europa i.e.S. erfasst werden, sondern auch Aspekte des Alltagslebens wie beispielsweise Reisen, eine Beteiligung am Schüler*innenaustausch oder grenzüberschreitende Freundschaften. Dabei gehen die Forschenden von wechselseitigen befördernden Einflüssen zwischen Orientierungen und Verhalten aus. Empirisch wird ein Mixed-Methods-Ansatz verfolgt, in dem qualitative und quantitative Erhebungs- und Analysestrategien eingesetzt werden.

## Ankündigung: Forschungsbericht „Rechtsextremismus im lokalen Kontext der Stadt Eisenach“

Eisenach gilt als Hochburg des Rechtsextremismus in Thüringen – mit überregionaler Ausstrahlung und dem Negativimage einer Mittelstadt, in der die NPD dank auffällig hoher Stimmenanteile bei Wahlen fest im Sattel sitzt, die neonazistische Rechtsrock- und Kampfsportszene floriert und Gewalt gegen rassistisch abgewertete und nichtrechte Menschen zum Alltag gehört. Derweilen scheint die Sensibilität für dieses Problem bei den Einwohner:innen der Wartburgstadt begrenzt zu sein – oder sie haben womöglich resigniert. Doch wie stellt sich die Situation konkret dar, was sind mögliche Ursachen und Auswege? Der Forschungsbericht des IDZ wird 2021 veröffentlicht und bündelt die Ergebnisse einer qualitativ-methodischen Untersuchung im Jahr 2020 und leitet daraus Handlungsempfehlungen für Politiker:innen und alle anderen Akteur:innen ab, denen die Förderung und Stärkung lokaler bzw. regionaler demokratischer Kultur ein zentrales Anliegen ist.

## Erste Zahlen der Online-Befragung des Forschungsprojekts „positive stimmen 2.0“

Menschen mit HIV können heute gut mit ihrer Infektion leben, machen aber immer noch zahlreiche Diskriminierungserfahrungen. Das belegen erste Zahlen eines gemeinsamen Forschungsprojektes des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) und der Deutschen Aidshilfe (DAH). An der Online-Befragung von „positive stimmen 2.0“ nahmen von Juni bis Oktober 2020 935 HIV-positive Menschen teil. „Unsere Untersuchung zeigt klar, dass HIV in unserer Gesellschaft weiterhin mit einem Stigma verbunden ist. Wir brauchen daher weiterhin Aufklärung der Bevölkerung zu den positiven Folgen der HIV-Therapie sowie eine mediale Verbreitung vorurteilsfreier Erzählungen vom Leben mit HIV“, betonte Dr. Janine Dieckmann, wissenschaftliche Projektleiterin beim IDZ. Geplant ist die Veröffentlichung der gesamten Projektergebnisse für 2021.

## Aus der Arbeit des IDZ: IDZ Web Talk

### „Schwarz unter Weiß – Über Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit Schwarzer Menschen in der DDR“

Im Rahmen der IDZ-Veranstaltungsreihe „Stereotype im Langzeitnarrativ“ folgte am 25. Juni 2020 der zweite Web Talk zum Thema „Schwarz unter Weiß – Über Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit Schwarzer Menschen in der DDR“ (in Kooperation mit dem Deutschen Nationaltheater Weimar). Gäste waren Katharina Reul (Sozialwissenschaftlerin und Autorin des Buches „Schwarz unter weiß. Im Gespräch mit afro-deutschen Zeitzeug innen über Rassismus in der DDR“) und Dr. Patrice Poutrus (Zeithistoriker und Migrationsforscher mit zahlreichen Veröffentlichungen zur DDR-Geschichte und zur Migrationsgeschichte, zurzeit lehrt er an der Universität Erfurt). Die Veranstaltung wurde von Dr. Janine Dieckmann moderiert. Die Geschichte der DDR war geprägt durch Migrationsbewegungen. Unter anderem aus afrikanischen sozialistischen Ländern kamen Menschen zum Arbeiten und Studieren in die DDR. Internationalismus und Völkerfreundschaft waren stets propagierte Staatsziele. Vor allem die DDR-Regierung bekannte sich zu Völkerverbundenheit und -freundschaft. Sie gab vor, die bildungspolitische Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus zu suchen.

Im Onlinegespräch wurde den Fragen nachgegangen, wie Schwarze Menschen ihren Alltag in der DDR erlebten und was die Wendezeit für ihre Biografien bedeutete, und die unsichtbaren DDR-Biografien und Erfahrungen Schwarzer Menschen aus rassismuskritischer Perspektive betrachtet. Kontinuitäten von anti-Schwarzem Rassismus in staatlichen Strukturen und Zivilgesellschaft damals und heute konnten beleuchtet werden. Poutrus stellte abschließend fest, dass die Auseinandersetzung mit dem Rassismus, der in jedem*jeder selbst stecke, ein langer Weg sei, vergleichbar mit der schwierigen Selbstbefragung nach dem eigenen Leben in der DDR – und diese Gesellschaft habe gerade erst damit begonnen.

## Aus der Arbeit des IDZ: Web Talk

### „Stereotype im Langzeitnarrativ: Kontinuitäten des Antiziganismus“

Sinti*zze und Rom*nja sind in Deutschland nach wie vor mit historisch tief verwurzelten Stereotypen, Vorurteilen und massiver Diskriminierung konfrontiert. Auch deshalb wurde am 09. Juli 2020 vom IDZ ein Web Talk zum Thema Antiziganismus organisiert – ebenfalls im Rahmen der IDZ-Veranstaltungsreihe „Stereotype im Langzeitnarrativ“.

Im dritten Gespräch tauschten sich drei Expertinnen über Ausprägungen und Auswirkungen des Antiziganismus in verschiedenen historischen Zeiträumen in der BRD und DDR, aber auch über seine heutige Aktualität aus. Die Moderation übernahm Dr. Daniel Geschke. Katharina Lenski (Historikerin, Friedrich-Schiller-Universität Jena) referierte zum Thema „Stereotype im Langzeitnarrativ: Sinti in der DDR zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung“ und Laura Hankeln (Historikerin, Universität Heidelberg) steuerte zentrale Inhalte aus ihrem Artikel „Antiziganistische Kontinuitäten in der Debatte um eine baden-württembergische „Landfahrerordnung“ nach 1945“. Sie stellten dabei kurz jeweils zentrale Punkte ihrer historischen Analysen vor. Dabei traten überraschende Parallelen zwischen den beiden Teilen Deutschlands im Umgang mit Sinti*zze und Rom*nja zutage. Anja Reuss referierte als politische Referentin des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zur aktuellen Situation. Anschließend wurden Fragen der Teilnehmenden kompetent diskutiert.

Die insgesamt herausgearbeiteten Kontinuitäten in der Abwertung und Diskriminierung von Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland bis zum heutigen Tage sind schockierend. Letztendlich legitimieren diese in der Gesellschaft weit geteilten negativen Einstellungen abwertendes und ausgrenzendes Verhalten und Diskriminierung bis hin zur Hasskriminalität.

# Aktuelles aus den FGZ-Forschungsprojekten am IDZ

## FGZ-Projekt „Diversität – Engagement – Zusammenhalt“

Am 08.12.2020 fand der Auftaktworkshop „Akzeptanz gesellschaftlicher Diversität als Ziel und Herausforderung“ statt, in dem zahlreiche Engagierte aus Selbstorganisationen zusammen mit dem IDZ-Projektteam über Motivationen, Hindernisse und Potenziale von Engagement in Selbstorganisationen diskutierten. Das Projektteam (Amani Ashour, Pia Rodriguez, Dr. Janine Dieckmann, Unterstützung Domenic Hög) nimmt viele Einblicke und Perspektiven aus der Arbeit von Selbstorganisationen aus diversen Antidiskriminierungskontexten mit in den Forschungsprozess: In Kleingruppenarbeiten des Online-Workshops wurde deutlich, dass Empowerment – in Form von sozialer Teilhabe, Selbstbestimmung und der Möglichkeit auf Mitgestaltung von Gesellschaft – und das Ziel eines diskriminierungsfreien Lebens die zentralen Motivationen dieser Form von Engagements sind.

„Vielfalt“, so eine teilnehmende Person, „hat man nicht auszuhalten, Vielfalt hat man zu akzeptieren und damit umzugehen.“ Grundlegend für das Gelingen dieses Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt seien dabei die prinzipielle Grundannahme der Gleichwürdigkeit sowie die Akzeptanz unterschiedlicher Positionen und Bedürfnisse.

Einblick in die Kleingruppenarbeit des Online-Workshops zur Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt

# FGZ-Projekt „Entwicklung eines Masterstudiengangs mit dem Arbeitstitel ‚civic education'" gestartet

Um den Studiengang zielgerichtet entwickeln zu können, wurde eine Umfrage unter Expert*innen aus der Praxis und eine Umfrage unter Studierenden durchgeführt. Interessant war zum Beispiel: Was ist eigentlich der größte Bedarf in der praktischen Arbeit? Und was möchten Studierende in einem Studiengang „civic education" lernen?

Die Analyse der Daten (Stand: November 2020) ergab erste Einblick in die Bedarfe, die hier kurz zusammengefasst werden:

1. Es lässt sich eine rege Beteiligung verzeichnen. Die Befragung ging an an 164 Emailadressen von Expert*innen und an 69 studentische Verteiler. Der Rücklauf war hoch, sowohl unter den Expert*innen (N = 92) als auch unter den Studierenden (N = 153).
2. Der Studiengang scheint einen Bedarf zu treffen: Im Mittel werden alle vorgeschlagenen Kompetenzen und Studieninhalte als wichtig bis sehr wichtig erachtet; der Mittelwert aller Bewertungen liegt über dem Skalenmittelpunkt.
3. Die Einschätzung der Studierenden und Expert*innen sind deckungsgleich hinsichtlich folgender Kompetenzen, die der Studiengang vermitteln soll: soziale wie didaktische Kompetenzen, Kommunikationskompetenz und Kompetenz im Umgang mit sozialen Medien sowie konkretes Methodenwissen.
4. Auffallend ist, dass der momentane Arbeitstitel „civic eduction" von den Studierenden präferiert wird, während die Expert*innen aus der Praxis einen englischsprachigen Titel eher ablehnen. Die finale Entscheidung dazu ist noch nicht getroffen.
5. Die Verantwortlichen sind dankbar für die weiteren Gedanken und Anregungen, die sie über die Freifelder erhalten haben, und freuen sich besonders über die Möglichkeit zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit Akteur*innen aus der Praxis im weiteren Prozess der Entwicklung und Durchführung des Masterstudiengangs.

# Aus der Arbeit des IDZ: Foyergespräch

## „Russisch – Jüdisch – Deutsch. Jüdische Kontingentflüchtlinge zwischen Anpassung und Antisemitismus"

v. l. n. r.: Maria Kireenko, Dr. Karen Körber und Dr. Janine Dieckmann (Foto: Susanne Undisz)

Am 14. Oktober 2020 lud das IDZ gemeinsam mit dem Deutschen Nationaltheater Weimar zu einem Foyergespräch ein, das sich mit Thema der russisch-jüdischen Migration befasste. Das Foyergespräch ist Teil einer Veranstaltungsreihe, die im Rahmen des deutschlandweiten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) vom IDZ Jena organisiert wird. Ziel ist, einen Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über unterschiedliche Transferformate zu ermöglichen.

In Weimar sprachen die Expertinnen Dr. Karen Körber, Soziologin am Institut für die Geschichte der deutschen Juden der Universität Hamburg, und Maria Kireenko, Vorsitzende im Bundesvorstand des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V. Dr. Körber erforscht bereits viele Jahre Identitäts- und Zugehörigkeitskonstruktionen russisch-jüdischer Einwander*innen in Deutschland. Eine besondere Perspektive brachte Maria Kireenko ein, die sich als junge Frau seit Langem aktiv gegen Antisemitismus engagiert. Moderiert wurde das Gespräch von Dr. Janine Dieckmann. Gemeinsam mit 23 Zuschauer*innen diskutierten sie u.a. über die Perspektive der aus der ehemaligen Sowjetunion migrierten Jüdinnen und Juden und deren Alltagsprobleme und beschäftigten sich mit den Geschichten von Integration und Ausgrenzung, die jüdische Zuwanderer*innen erzählen.

## Aus der Arbeit des IDZ: Web Talk

### „Auschwitz als Staatsreligion? Antisemitismus in der Neuen Rechten“

Professor Oliver Decker (o.l.), Moderatorin Dr. Anja Thiele und Dr. Volker Weiß (Screenshot: Susanne Haldrich)

Im ersten Dezember-IDZ Web Talk waren am 3. Dezember 2020 Dr. Volker Weiß und Professor Oliver Decker zu Gast. Volker Weiß ist promovierter Historiker, Sachbuchautor, Journalist und führender Experte für die „Neue Rechte“ in Deutschland. Oliver Decker ist Professor für Sozialpsychologie an der Universität Leipzig und u.a. Projektleiter am Teilinstitut Leipzig im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Die Moderation übernahm Dr. Anja Thiele, wissenschaftliche Referentin am IDZ.

Der Rechtsextremismus-Experte Dr. Volker Weiß erläuterte in seinem 45-minuten Vortrag eindringlich, wie sich die geschichtspolitischen Positionen der Neuen Rechten in Deutschland mit Antisemitismus verbinden und schlug dabei den Bogen von der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik über den geschichtspolitischen Umgang mit der Shoah bis hin zur jüngeren Kontroverse um Rolf Peter Sieferles „Finis Germania“. Im Anschluss diskutierte Prof. Oliver Decker die Befunde aus Sicht der empirischen Einstellungsforschung.

Vortrag und Kommentar riefen beim Publikum viele Nachfragen auf, u.a. welche Rolle die Geschichte der DDR für den neurechten Diskurs des Geschichtsrevisionismus spielte. Das veröffentlichte YouTube-Video wurde mittlerweile 979 Mal aufgerufen.

# Interdisziplinäres Forschungs-verbundprojekt mit 2 Projekten in Jena

## „NETHATE“

NETHATE ist ein interdisziplinäres Forschungsverbundprojekt, das aus Mitteln des EU Horizon 2020 Förderprogramms als Marie Skłodowska-Curie Projekt für drei Jahre finanziert wird. NETHATE steht als Acronym für “NETwork for Training on HATE”. Ein zentrales Ziel im Rahmen dieser Förderlinie ist der Aufbau und die wissenschaftliche Qualifikation eines Netzwerks von Nachwuchswissenschaftler:innen. Durch das vernetzte und strukturierte Forschungs- und Ausbildungsprogramm wird die 3-jährige Ausbildung von 15 Doktorand*innen ermöglicht und finanziert. In 15 Einzelprojekten wird Hass als psychologisches Phänomen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven untersucht. Zwei dieser Projekte sind in Jena angesiedelt.

Am IDZ arbeitet Dr. Daniel Geschke gemeinsam mit einer Doktorandin zur Frage, inwiefern Hass und Aggression in digitalen Strukturen auch die Entstehung von Gewalt und Kriminalität in der analogen Welt begünstigt. Dabei ist eine Zusammenarbeit mit Mobit e.V geplant. An der FSU beschäftigt sich Prof. Tobias Rothmund gemeinsam mit einem Doktoranden mit Hatespeech in polarisierten politischen Debatten. In Zusammenarbeit mit das NETTZ, einer Vernetzungsstelle gegen Hate Speech, wird u.a. zur Entwicklung und Evaluation von kommunikativen Interventionsmöglichkeiten geforscht.

Start des Projekts ist im März 2021. Die weiteren Projektpartner:innen sind an Universitäten in Dublin, Limerick, Plymouth, Göteburg, Helsinki, Turku, Rotterdam, Leiden und Antwerpen verortet.

# Partizipatives Projekt am IDZ mit VBRG, ezra & Opferfonds CURA

## „Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter Gewalt“

Aufbauend auf dem aktuellen rechtlichen und wissenschaftlichen Stand wird in diesem Projekt der Umgang von Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaften mit von rechter Gewalt Betroffenen sowie die Unterstützung durch Opferberatungsstellen aus Sicht der Betroffenen analysiert. Deren sekundäre Viktimisierung wird in zwei Modulen qualitativ und quantitativ empirisch untersucht.

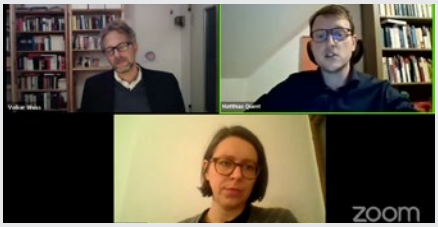
Das partizipative Projekt wird vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) durchgeführt und läuft in allen Phasen in enger Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Dachverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG), der Beratungsstelle für Thüringen (ezra) und dem Opferfonds CURA der Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS).

Die Forschungsfragen betreffen die Erfahrungen von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: Welche Erfahrungen berichten sie vom Umgang durch Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften mit ihnen in und nach der Tatsituation? Wie nehmen sie die Unterstützung durch professionelle Opferberatungsstellen wahr? Wie unterscheiden sich ihre Erfahrungen bzgl. des Tatmotives, des Umgangs verschiedener staatlicher Institutionen (Polizei vs. Justiz) mit ihnen sowie in Abhängigkeit von Vorerfahrungen (z.B. Rassismus, Racial Profiling)? Und: Welche Auswirkungen haben diese Erfahrungen für die Betroffenen?

Ziel des Projektes ist es, Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt zu dokumentieren, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten und zukünftig Prozesse sekundärer Viktimisierung besser vermeiden zu können.

# Aus der Arbeit des IDZ: Web Talks

## „Querdenker oder autoritäre Revolte? Proteste und die extreme Rechte in der Corona-Pandemie“




Dr. Volker Weiß (o.l.), Moderator Dr. Matthias Quent und Professorin Priska Daphi (Screenshots S. 13 : Susanne Haldrich)

Im zweiten Dezember-Web Talk am 15. Dezember 2020 skizzierte Dr. Volker Weiß (promovierter Historiker) empirisch die Entwicklung der Reaktionen der radikalen und extremen Rechten in Deutschland auf die globale Krise der Corona-Pandemie. Professorin Priska Daphi (Professorin für Konfliktsoziologie an der Universität Bielefeld) diskutierte im Anschluss die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen aus Sicht der Protestforschung. Die Moderation übernahm Dr. Matthias Quent. Das veröffentlichte YouTube-Video wurde mittlerweile 6.091 Mal aufgerufen.

## „Zwischen Trump und Biden: Zerstörung und demokratische Erneuerung Amerikas?“

Elmar Theveßen (rechts im Bild) und Dr. Matthias Quent

Elmar Theveßen (Leiter ZDF-Studio Washington) betrachtete am 17.12.2020 im dritten Dezember-Web Talk mit Dr. Matthias Quent u.a. den „Trumpismus“ als Ursache bzw. Symptom der Zerstörung demokratischer und ziviler Standards und wie gesellschaftlicher Zusammenhalt in den USA angesichts von massivem strukturellem Rassismus, politischer und medialer Polarisierung und dem Zweiparteiensystem erreicht werden kann. Die digitale Veranstaltung fand im Rahmen des soziologischen Seminars „Amerika rechts außen“ an der FSU Jena statt.

# Aus der Arbeit des IDZ: Vorträge & Veranstaltungen

## Freiwilliges Engagement & seine Schattenseiten

Bei der virtuellen Jahrestagung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland am 14. und 15. September 2020 wurden Ergebnisse der neuen Studie „Flüchtlingsaufnahme kontrovers: Was treibt die Engagierten?“ präsentiert. In einer Keynote thematisierte Dr. Matthias Quent (IDZ) „Die dunklen Seiten freiwilligen Engagements und das Ende der Kontroverse”. Die Videodokumentation der Tagung gibt es online unter: https://www.siekd.de/jahrestagung-2020/.

## Esken: „Die Nazis kamen nicht aus eigener Kraft an die Macht“

„Als Matthias Quent sein Buch schrieb, konnte er noch nicht wissen, was im Februar 2020 in Thüringen geschehen würde. Aber er hat uns schon damals gewarnt: Mit Faschisten und Nationalisten macht man keine Kompromisse. Und vor allem darf man nicht glauben, man könne sie benutzen. Das ist ein fataler Irrtum. Man wird von ihnen benutzt, wenn man eine Sekunde nicht achtsam ist.“

Unter anderem mit diesen Worten würdigte die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken bei der Preisverleihung „Das politische Buch 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. September 2020 in Berlin Dr. Matthias Quents Buch „Deutschland rechts außen“. Die vollständige Rede ist hier nachzulesen: https://www.vorwaerts.de/artikel/rechtsextremisten-kampf-um-land-verlieren.

## Vorträge und Diskussionen bei Demokratiekonferenzen in Westthüringen

Bei lokalen Demokratiekonferenzen der lokalen Partnerschaften für Demokratie in Bad Salzungen und in Eisenach diskutierte u.a. Dr. Matthias Quent im September und Oktober 2021 über aktuelle Herausforderungen für die demokratische Kultur. In Bad Salzungen wies Quent unter anderem auf Angriffe von Behörden, Polizei und Verfassungsschutz auf demokratisch Engagierte hin – nicht nur Attacken von rechts außen seien demnach ein Problem. In Eisenach wurde mit Engagierten vor allem die Gefahr schleichender Normalisierung sowie die Instrumentalisierung der Pandemie durch die äußerste Rechte diskutiert.

## Davon wissen wir nichts? Rechtsterrorismus als Herausforderung für die Gesellschaft und die Soziologie

Auch die diesjährige Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) konnte aufgrund der Pandemie nur im virtuellen Raum stattfinden. Doch gerade Krisen sind Zeiten, in denen die Soziologie besonders gefragt ist. Welche Verantwortung haben Soziolog:innen in Hinblick auf die Thematisierung und Untersuchung von Rechtsextremismus und Rechtsexterrorismus? Unter anderem diese Frage wurde am 22. September 2020 in einer von Daniela Schiek (Uni Hamburg) organisierten Ad-ho-Gruppe mit Heiko Beyer (Uni Düsseldorf), Barabara Manthe (Uni Bielefeld), Alexandra Schauer (Uni München) und Dr. Matthias Quent (IDZ) beleuchtet.

## 5. Jahreskonferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen

Dr. Janine Dieckmann und Dr. Matthias Quent nahmen an der 5. Jahreskonferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen vom 23. bis 25. September 2020 „Demokratisch aus der Krise – Handlungsfähigkeit in der Demokratiearbeit und Extremismusprävention sichern“ teil.

Am 23.09.2020 war Dr. Janine Dieckmann (im Bild links, Screenshot S. Haldrich) Gast auf der Podiumsdiskussion „Zusammenhalten statt Spalten“ mit der Sächsischen Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, dem Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Roland Löffler, dem Bürgermeister von Thalheim, Nico Dittmann und dem Vorsitzenden des Dachverbandes Sächsischer Migrantenorganisationen, Kanwal Sethi. Die Podiumsdiskussion findet sich online unter https://www.facebook.com/watch/live/?v=741649959721250&ref=watch_permalink.

## Oktoberfestattentat und die Kontinuität rechten Terrors

Am 26. September 2020 jährte sich das Oktoberfestattentat in München zum 40. Mal. Bis heute sind die Hintergründe der Tat nicht vollständig aufgeklärt. Durch eine rechtsterroristische Bombe wurden 13 Personen getötet und über 200 verletzt. Insbesondere die rechtsextremen Bezüge und Netzwerke des Attentäters wurden nie umfänglich ausgeleuchtet. Dies erinnert – wie auch die wiederkehrende Einzeltäter-These und die Ausblendung der Opferperspektive – an den Umgang mit anderen rechtsterroristischen Anschlägen. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion in München sprachen Dr. Miriam Heigl (Leiterin der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München), Werner Dietrich (Rechtsanwalt zahlreicher Betroffene des Oktoberfestattentats), Robert Andreasch (Journalist und Rechtsextremismus-Experte), Prof. Dr. Gabriele Fischer (Hochschule München), Dr. Matthias Quent (IDZ) (im Bild oben, Screenshot S. Haldrich) , Andrea Röpke (Politologin, Journalistin und Autorin) sowie Heike Kleffner (Journalistin und Geschäftsführerin des VBRG) über die Hintergründe und Kontinuitäten. Der Videostream der Veranstaltung steht online: https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Kampagnen/Das-Oktoberfestattentat-und-die-Kontinuit-ten-rechten-Terrors.html.

## Auftakt Online-Workshop-Reihe des Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerkes thadine

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Enquete Rassismus und Diskriminierung in Thüringen. Zeit zum Handeln“ des Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk thadine leitete Dr. Janine Dieckmann am 28. September 2020 einen Online-Workshop zum Thema „Einblick und Ausblick der Enquete Rassismus und Diskriminierung in Thüringen“. Die Einführung bildete den Auftakt für eine Online-Workshop-Reihe von thadine. Die sich daran anschließenden Veranstaltungen orientieren sich an den jeweiligen Handlungsempfehlung der Enquetekommission und sind ein nächster Schritt zur Umsetzung durch zivilgesellschaftlichte Akteuer:innen (Link zum Programm: https://bit.ly/3qFV4Su).

## Halle: One Year on. Lessons for the Future

Was bedeutet der antisemitische Terroranschlag aus dem Oktober 2019 für Jüdinnen und Juden? Wie verläuft der Gerichtsprozess in Halle? Diese und weitere Fragen diskutierten auf Einladung der Europäischen Union Jüdischer Studierender am 1. Oktober 2021 Katharina von Schnurrbein, Grischa Stanjek, Ruben Gerczikow und Dr. Matthias Quent (IDZ). Im Vordergrund standen die Perspektiven und die Wehrhaftigkeit der Überlebenden. Zur Prozessbegleitung von Democ: https://democ.de/halle/.

## Keynote Schader Stiftung

Beim achten Großen Konvent der Schader-Stiftung am 6. November 2020 diskutierten online rund 170 Personen aus Wissenschaft und Praxis über „Das Erleben der Anderen“. Die Keynotes kamen von Elham Manea (Universität Zürich) und Dr. Matthias Quent (IDZ). Manea thematisierte den Islamismus. Quent diskutierte das Nebeneinander von offizieller Realität und alltäglichen Wirklichkeiten.

## Aus der Arbeit des IDZ: Expertise gefragt

### Bundeskabinett gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Nach den antisemitischen und rassistischen Attentaten von Halle und Hanau hat die Bundesregierung den Kabinettausschuss „Rechtsextremismus und Rassismus“ eingerichtet. Er soll die Umsetzung des im Oktober 2019 im Bundeskabinett beschlossenen Maßnahmenpakets gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität begleiten. In diesem Rahmen hat das Kabinett im zweiten Halbjahr 2020 zivilgesellschaftliche Akteur:innen sowie Wissenschaftler:innen angehört. Für das IDZ nahm Dr. Matthias Quent in diesem Rahmen an schriftlichen und mündlichen Voranhörungen des Bundesforschungsministeriums sowie an Gesprächen mit dem Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) und der Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) teil. Gemeinsam mit anderen Wissenschaftler:innen schlug er unter anderem einen erheblichen Ausbau der Strukturen der Forschung und Lehre zu Rassismus und Rechtsextremismus mit breiter regionaler Streuung sowie die Einrichtung eines dauerhaften Sachverständigenrates vor. Ende November stellte das Bundeskabinett einen Maßnahmenkatalog gegen Rassismus und Rechtsextremismus vor: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-rechtsextremismus-1819828.

### Sachverstand vor Gericht

In Magdeburg steht der Attentäter vor Gericht, der an Jom Kippur 2019 in Halle an der Saale Jüdinnen und Juden töten wollte. Im Oktober und November wurden mit Karolin Schwarz und Dr. Matthias Quent im Verfahren zwei am IDZ tätige Expert:innen als Sachverständige vernommen, um die digitale Dimension und Vernetzung sowie die ideologischen Hintergründe der Tat einzuordnen.

# Neue Sachbücher der IDZ-Kolleg:innen

## Maik Fielitz/Holger Marcks: „Digitaler Faschismus: Die Sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus“

Wie lässt sich Faschismus im digitalen Zeitalter denken? Dieser Frage gehen der IDZ-Wissenschaftler Maik Fielitz und Holger Marcks (Universität Hamburg) in ihrem neuen Buch „Digitaler Faschismus“ nach, welches im Oktober 2021 im Duden-Verlag (18€) erschienen ist. Anschaulich erklären die Autoren, wie die extreme Rechte soziale Netzwerke nutzt, um Angst und Verwirrung zu verbreiten, Mitläufereffekte zu mobilisieren, sich letztlich im globalen Netz verselbstständigt und neue faschistische Kulturen hervorbringt. Sie analysieren zentrale Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte und machen Vorschläge, wie dem Zweckbündnis zwischen Algorithmen und Rechtsextremen begegnet werden sollte. Das Buch eignet sich für alle, die verstehen wollen, wie tief greifend die Netzwerke die politische Kommunikation verändern. Das Buch eignet sich für alle, die verstehen wollen, wie tief greifend die Netzwerke die politische Kommunikation verändern.

## Franziska Hartung: „HIV und Schuldgefühle. Zur Psychodynamik in der HIV-Testberatung“

Zu Beginn der „Aidskrise“ in den 1980er-Jahren kam eine HIV-Infektion noch einem Todesurteil gleich. Menschen mit HIV und Aids wurden stigmatisiert und die

Ansteckung mit Schuld und Strafe für „abweichende“ Lebensstile und Sexualverhalten assoziiert. Auch heute lässt sich in der HIV-Testberatung beobachten, dass neben der Ansteckungsangst vor allem Schuldgefühle das Erleben von Menschen bestimmen, die befürchten, sich mit HIV infiziert zu haben. Franziska Hartung knüpft an diese Beobachtungen an, analysiert und konzeptualisiert die zugrunde liegenden Schuld-Dynamiken. Sie zeigt, dass Schuld und Schuldgefühle nach wie vor relevante Themen im HIV-Diskurs sind und das subjektive Erleben von Klient:innen in der HIV-Testberatung bestimmen. Mehr zum Buch im Interview mit Franziska Hartung auf Seite 18.

## Matthias Quent: „33 Fragen und Antworten zum Rechtsextremismus“

Geballtes Wissen, um die Welt zu verstehen – das liefert die Buchreihe „33 Fragen und Antworten“ im Piper-Verlag. In dieser Reihe erschien im Oktober 2020 das neue Buch von IDZ-Direktor Dr. Matthias Quent zum Rechtsextremismus (10€). Im kompakten FAQ-Format beschreibt der Soziologe die wichtigsten Aspekte, um den modernen Rechtsextremismus in Deutschland zu verstehen. Was ist Rechtsextremismus? Wieviel Rechtsextreme gibt es in Deutschland? Nimmt Rechtsextremismus zu? Wie rechtsextrem ist die AfD? Welche Strömungen gibt es und welche Rolle spielen Frauen im Rechtsextremismus? Sind Rechts- und Linksextremismus gleich schlimm? Und müssen Demokrat:innen Rechtsextreme tolerieren? Welche Rolle spielen die Corona-Pandemie und der Klimawandel? Was kann ich im Alltag gegen Rechtsextremismus tun? Diese und weitere Fragen beantwortet das gut lesbare Buch. Es eignet sich sowohl als verständliche Grundlagenliteratur für die politische Bildung als auch als Nachschlagewerk und Argumentationshilfe.

# Neuigkeiten aus dem FGZ

## Zusammenhalt mit dem Bundespräsidenten diskutiert

Es war eine Institutsratssitzung der besonderen Art: Am 7. September 2020 empfing Bundespräsident Franz-Walter Steinmeier die Mitglieder des Institutsrats des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) im Schloss Bellevue, um mit den Wissenschaftler:innen über Befunde und Herausforderungen für den Zusammenhalt zu sprechen. Das IDZ wurde von Dr. Matthias Quent vertreten. Die Rolle der Medien, sozialer Ungleichheit und des politischen Diskurses sowie natürlich der Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Rückschläge für Gleichberechtigung und Bildungsgerechtigkeit sowie Antisemitismus und Verschwörungsideologien bei den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen wurden mit dem Bundespräsidenten und der First Lady Elke Büdenbender diskutiert. Der Austausch soll fortgesetzt werden.

## FGZ-Auftakt

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt
STANDORT JENA

Mit einer zweitägigen Eröffnungskonferenz im November 2020 präsentierte sich das orschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Öffentlichkeit. Aufgrund der Pandemie konnten die Gastgeber:innen des Teilinstituts an der Universität Leipzig die Mitglieder des FGZ und interessierte Gäste nur online begrüßen. Hochrangige Wissenschaftler:innen aus dem In- und Ausland hielten Vorträge, u.a. der renommierte Rechtsextremismusforscher Cas Mudde (Athens, Georgia), der Historiker Till van Rahden (Montreal), die Politikwissenschaftlerin Barbara Perry (Charlottesville), die Soziologinnen Michèle Lamont (Harvard), Arlie Hochschild (Berkeley) und Jutta Allmendinger (Berlin) sowie der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke (Konstanz). Weitere Informationen zum FGZ: https://www.fgz-risc.de/presse.

# Interview mit Franziska Hartung

**Franziska Hartung ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IDZ und forscht partizipativ zu HIV-bezogener Diskriminierung. Sie ist Autorin des Buches „HIV und Schuldgefühle. Zur Psychodynamik in der HIV-Testberatung“. Das Buch ist 2020 im Psychosozial-Verlag erschienen.**

**Das Interview führte Susanne Haldrich.**

### Welche Erfahrungen haben den Ausschlag gegeben, Dich dem Thema „Schuldgefühle in Verbindung mit HIV/Aids“ zu widmen und dieses Buch zu schreiben?

Ausschlaggebend waren die Erfahrungen während meiner Tätigkeit in der HIV-Testberatung im Gesundheitsamt Leipzig. In den Beratungsgesprächen habe ich häufig erlebt, dass Menschen, die befürchten, sich mit HIV infiziert zu haben, enorme Schuldgefühle und Angst vor sozialer Ächtung haben.

Heute haben Menschen mit HIV dank der guten HIV-Therapie eine normale Lebenserwartung und das Virus kann unter erfolgreicher Therapie selbst bei kondomlosem Sex nicht mehr übertragen werden („Schutz durch Therapie”). Zudem steht durch die Prä-Expositions-Prophylaxe („PrEP”) eine weitere zuverlässige Präventionsmaßnahme zur Verfügung. Trotz dieser positiven medizinischen Entwicklung und der jahrzehntelangen Aufklärungs- und Anti-Diskriminierungsarbeit der Community ist HIV offenbar noch immer mit dem Stigma eines schuldhaften und „abweichenden“ Sexualverhaltens verknüpft. Es kommt nach wie vor zu Diskriminierung von Menschen mit HIV und Personengruppen, die mit der Infektion in Verbindung gebracht werden, z.B. schwule Männer, Sexarbeiter*innen oder (Black) People of Color.

### … also werden HIV-positive Menschen sowie Personengruppen, die hauptsächlich mit HIV in Verbindung gebracht werden, weiterhin stigmatisiert und diskriminiert?

Insgesamt lässt sich zwar ein toleranteres gesellschaftliches Klima gegenüber Menschen mit HIV verzeichnen. In der Allgemeinbevölkerung bestehen jedoch nach wie vor starke Verunsicherung und Wissenslücken, die zu Diskriminierung führen können. Besonders drastisch sind dabei die Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen, im Beruf und im Sexleben. So berichten in der partizipativen Studie „positive Stimmen“ von 2012 20% der Befragten von der Verweigerung medizinischer Versorgungsleistungen. 47% berichten von sexueller Zurückweisung und 26% der Arbeitgeber*innen reagierten diskriminierend auf die Offenlegung der HIV-Infektion. Unser Forschungsprojekt „positive stimmen 2.0“ des IDZ in Kooperation mit der Deutschen Aidshilfe untersucht derzeit, wie sich HIV-bezogene Stigmatisierung und Diskriminierung im Jahr 2020 gestalten.

### Welche Folgen kann die Stigmatisierung und Diskriminierung bei Betroffenen haben?

Das wahrgenommene Stigma und die erlebte Diskriminierung können die Lebensqualität von Menschen mit HIV stark beeinträchtigen. Sie können bspw. zu einer Verinnerlichung führen, die sich in Schuld- und Schamgefühlen, Depressionen, dem Verstecken der Infektion, sozialer Isolation oder meidendem Verhalten äußern kann, also wenn bspw. Besuche bei Ärzt:innen vermieden werden, obwohl es notwendig ist. Stigmatisierung und Diskriminierung haben jedoch nicht nur Folgen für Menschen mit HIV, sondern auch für eine erfolgreiche HIV-Prävention. Sie behindern eine faktenbasierte Risikobewertung sowie die frühzeitige Diagnose und Behandlung. Ausgrenzung macht krank, das zeigt sich hier besonders deutlich.

**Zurück zur Empirie: Du hast eine Forschungslücke ausgemacht und festgestellt, dass sich die wissenschaftliche Forschung bisher kaum mit Fragen von Schuld-Dynamiken in der HIV-Beratung beschäftigt hat. Was waren Deine Forschungsfragen?**

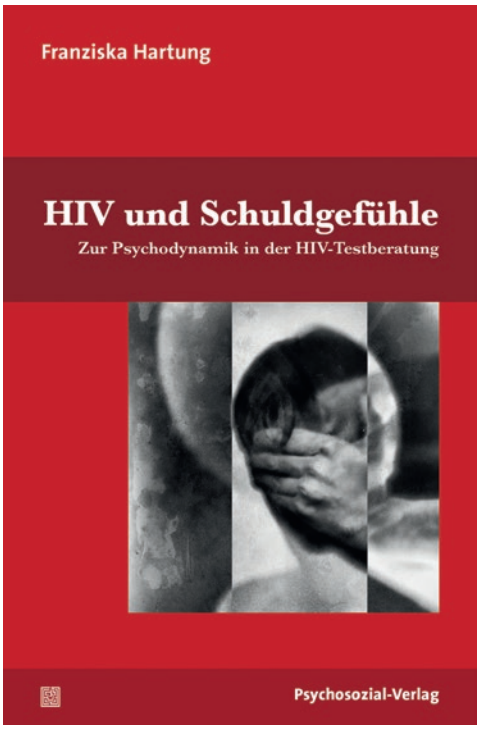
HIV als sexuell übertragbare Infektion stellt eine Art Folie dar, auf die persönliche und gesellschaftliche (Moral-) Vorstellungen und Ängste in Bezug auf Sexualität projiziert werden. Schuldgefühle können uns auf der subjektiven Ebene über diese Normen und Moralvorstellungen Auskunft erteilen, denn sie entstehen dann, wenn gegen diese Normen verstoßen wird. Diese normativen Prozesse und die innerpsychische Verarbeitung haben mich interessiert.

In einer qualitativen Forschung mit Klient:innen der HIV-Testberatung habe ich rekonstruiert, auf welche persönlichen, normativen und moralischen Orientierungen sich die Schuldgefühle beziehen und welche Rolle dabei die HIV-Infektion, die Bewertung des Ansteckungsrisikos, der Umgang mit Risiken („Risikomanagement“) und das HIV-Testprozedere spielen.

**Was sind nun die zentralen Ergebnisse Deiner qualitativen Studie?**

Aus der Analyse der Schuldgefühle konnten sechs „Schuld-Typen“ gebildet werden, welche die Anteile des Schuldgefühls sowie die zugrunde liegenden Dynamiken veranschaulichen. Die Schuldgefühle können dabei als ein innerpsychisches Instrument des „moralischen Risikomanagements“ identifiziert werden, welche die gesamte Sexualität beeinträchtigen, mit einer verzerrten Risikowahrnehmung und übersteigerten HIV-spezifischen Ängsten in Zusammenhang stehen sowie das Testverhalten und -erleben beeinflussen können. So sind der HIV-Test und die Beratung mit einer Reihe (symbolischer) Bedeutungen aufgeladen, wie die der „Absolution“ oder „Beichte“.

Einerseits offenbart sich eine Persistenz der mit dem „alten“ AIDS-Diskurs verbundenen Stigmatisierung und Schuldzuschreibung in Bezug auf „Risikogruppen“. Andererseits wird eine Subjektivierung der Schuld durch eine Verschiebung auf Risiko-, Sicherheits- und Verantwortungsdiskurse deutlich, wie sie sich auch in neoliberalen Leistungs- und Selbstoptimierungstendenzen und im gesundheitspolitischen Leitgedanken der Eigenverantwortung widerspiegeln.




**Wenn Schuld und Schuldgefühle nach wie vor relevante Themen im HIV-Diskurs sind und das subjektive Erleben von Klient:innen in der HIV-Testberatung bestimmen, welche Schlüsse lassen sich daraus für Prävention und Beratung ableiten?**

Die Themen Schuld und Verantwortung müssen in Prävention und Beratung auch aktuell mitgedacht werden, ohne diese auf das Erbe des „alten“ Aids-Diskurses zu reduzieren. Insbesondere mit dem Blick auf ein ganzheitliches Verständnis sexueller Gesundheit erscheint es notwendig, die normativen Botschaften der HIV-Prävention selbst in den Blick zu nehmen und Präventionsmaßnahmen, neben dem Ziel der Infektionsvermeidung, verstärkt auch auf sexuelle Zufriedenheit auszurichten.

Entstigmatisierung und der Abbau sozialer Ungleichheiten sollte dabei immer oberste Priorität haben. Dies bezieht sich aber nicht alleine auf HIV, sondern ebenso auf soziale Minderheiten wie Männer, die Sex mit Männern haben, Trans*- und Inter*Personen, Sexarbeitende und (Black) People of Color.

# NSU-Komplex in Jena: kein Schlussstrich

Seitdem im Münchner NSU-Prozess im Juni 2018 das Urteil gefallen ist, mahnen Angehörige, Betroffene, Aktivst:innen und Fachleute: Einen Schlussstrich unten den NSU-Komplex könne es nicht geben. Denn weder sind die Netzwerke der Rechtsterrorist:innen zerschlagen noch wurden Verantwortungsträger:innen aus Behörden zur Verantwortung gezogen. Die toxische Rolle des Verfassungsschutzes wurde seitdem öffentlichen Bekanntwerden des NSU-Komplexes im November 2011 ebenso wenig aufgearbeitet wie rassistische und rechtsextreme Einstellungen und Netzwerke in der Polizei. Wir könnten längst weiter sein im Umgang mit rechtsextremen Chatgruppen von Polizist:innen, in der Bearbeitung von strukturellem Rassismus und in der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auch unter unseren Mitmenschen, die im Alltag negativ von Rassismus betroffen sind und die häufig wenig bis kein Vertrauen in die Polizei haben, wie die Black Lives Matter Demonstrationen auch in Deutschland in den vergangenen Monaten zeigten.

Auch die Stadt Jena und große Teile der Stadtgesellschaft haben sich, mit Ausnahme einiger Engagierter wie der JG Stadtmitte oder den Organisator:innen regelmäßiger Gedenkkundgebungen an die Opfer der aus Jena stammenden Rechtsterrorist:innen, bisher nur oberflächlich mit der institutionellen und gesellschaftlichen Verantwortung für die Radikalisierung der Rechten beschäftigt. Doch nach langem politischen Drängen von Aktivist:innen und der Jenaer Linken-Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss werden in Jena nun neue Schritte im Gedenken und der Bearbeitung des NSU-Komplexes gegangen. Am 19. September 2020 wurde im Stadtteil Winzerla ein Platz, der über Jahre als Treffpunkt von Neonazis und als Angstraum für Migrant:innen und Nicht-Rechte galt, zum Enver Şimşek-Platz umbenannt. Enver Şimşek war das erste Opfer des NSU. Er wurde am 9. September 2001 in Nürnberg von den Jenaer Neonazis niedergeschossen und starb zwei Tage später im Krankenhaus. In der Folge war seine Familie über Jahre der Kriminalisierung und den Schikanen der Ermittler:innen ausgesetzt. Bei der Platzbenennung in Jena erinnerte Abdulkerim Şimşek, der wenige Tage vor der Ermordung seines Vater 13 Jahre alt geworden war, an die Ignoranz des rechten Tatmotivs und die rassistischen Ermittlungen gegen seine Familie durch die Polizei.

Abdulkerim Şimşek, der Sohn von Enver Şimşek, während der Veranstaltung zur Benennung des bislang namenlosen Platzes in Enver Şimşek-Platz (Foto: Matthias Quent)

20 Jahre nach dem rechten Mord soll endlich auch die Jenaer Stadtgesellschaft über Verantwortung, Rassismus und die Wurzeln des Rechtsterrorismus in Jena diskutieren. Verschiedene Akteure haben dabei in Teilen sehr unterschiedliche Vorstellungen von diesem notwendiger Weise konflikthaften Prozess, der u.a. vom IDZ begleitet wird. Viele derjenigen, die in den 1990er-Jahren in Jena den Rechtsextremismus bagatellisiert, ignoriert und durch die städtische Jugendarbeit gestärkt haben, haben ihre Verantwortung bisher nie öffentlich reflektiert. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung sind 2021 zahlreiche kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen geplant. Jena, die Stadt der Täter, kann lernen von vielen der Städte, in denen der NSU unter bisher unklaren Umständen seine Opfer getötet hat. Denn vielerorts gibt es bereits eine lebendige Gedenkkultur. Über die Kultur soll im Oktober 2021 ein verbindendes Band zwischen den Städten der Täter und der Opfer geknüpft und weitere Beiträge dazu geleistet werden, die Erinnerung und Mahnung aufrechtzuhalten und den NSU-Komplex und seine Ursprünge aufzuarbeiten.

# Digitale Tagung „Hate not found?!“

Karolin Schwarz (Mitte) und Maik Fielitz (rechts) mit Moderatorin Nhi Le (links) beim Auftakt zur digitalen Tagung „Hate not found“ am 11. Dezember 2020 (Screenshot: Susanne Haldrich)

Die digitale Tagung „Hate not found“ am 11. Dezember 2020 widmete sich der Frage, wie sich Einschränkungen im Zugang zu Social-Media Plattformen auf das Medienverhalten von rechtsextremen Hassgruppen auswirken. In diesem Rahmen wurde der IDZ-Forschungsbericht „Hate not found“, erstellt von Maik Fielitz und Karolin Schwarz, unter Mitarbeit von Jana Hitziger, vorgestellt. Der Forschungsbericht ging der Frage nach, welche Folgen die Einschränkung der Nutzung sozialer Medien auf das Medienverhalten von rechtsextremen Hassakteuren insbesondere im deutschsprachigen Raum hat. Zwei der zentralen Ergebnisse lauten: 1) Das Deplatforming zentraler rechtsextremer Akteure schränkt deren Mobilisierungskraft deutlich ein und nimmt ihnen eine zentrale Ressource, auf die ihre Inszenierungen abzielen: Aufmerksamkeit. In dieser Hinsicht lässt sich eindeutig sagen: Deplatforming wirkt. 2) Doch um nicht intendierte Folgen des Deplatformings zu vermeiden, zum Beispiel die Steigerung von Aufmerksamkeit und der Bedeutung der Akteure, müssen Maßnahmen besser abgestimmt, deutlicher kommuniziert und unabhängig von politischen Kräfteverhältnissen durchgesetzt werden.

Auf der Grundlage des Berichts diskutierten internationale Expert:innen die Mechanismen und Wirkungsweisen des Deplatformings sowie innovative Umgangsweisen von rechtsextremer Seite. Die Keynote-Rede hielt Prof. Cynthia Miller-Idriss. Sie warf dabei einen internationalen Blick auf die digitalen Sphären der extremen Rechten.

In einem weiteren Panel standen communitybasierte Ansätze als Antwort auf rechtsextreme Einflüsse im Mittelpunkt. Abschließend diskutierten Bundesjustizministerin Christine Lamprecht (SPD), Eva-Maria Kirschsieper (Facebook Germany), Katharina Nocun (Autorin), Dr. Matthias Quent (IDZ Jena) und Konstantin Kuhle (MdB, FDP) die grundrechtlichen Dilemmata, die das Deplatforming mit sich bringt.

Der Forschungsbericht „Hate not found“, die in diesem Rahmen enstandenen Factsheets „Rechtsextremes Influencertum“, „Rechte Terrorpropaganda im Netz“ und „Alt-Tech: Sichere Häfen Für Rechtsextreme“ sowie die digitale Tagung lassen sich online abrufen unter https://www.idz-jena.de/hatenotfound/.

Die Debatten werden auch im größeren Kontext über die Grenzen der freien Meinungsäußerung und deren Durchsetzung kritisch diskutiert. In diesem Spannungsfeld vermittelte die Tagung neue Impulse für Politik, Zivilgesellschaft und den Betreiber von Social-Media-Plattformen im Umgang mit digitalen Ausprägungen des Rechtsextremismus.

# Neue Materialien und Texte aus dem IDZ

## Materialien

**Fielitz Maik/Hitziger, Jana/Schwarz, Karolin (2020):** Factsheet „Rechtsextremes Influencertum“. Online: https://t1p.de/1kj8.

**Fielitz Maik/Hitziger, Jana/Schwarz, Karolin (2020):** Factsheet „Alt-Tech: Sichere Häfen Für Rechtsextreme“. Online: https://t1p.de/xkkl.

**Salheiser, Axel/Richter, Christoph (2020)**: Factsheet „Proteste in der Corona-Pandemie: Gefahr für unsere Demokratie?“ Online: https://t1p.de/u360.

**Schwarz, Karolin/Fielitz Maik/Hitziger, Jana (2020)**: Factsheet „Rechte Terrorpropaganda im Netz“. Online: https://t1p.de/nfkh.

**Wissen schafft Demokratie (Band 8/2020):** Printversion verfügbar. Online: https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/band-8.

## Texte

**Dieckmann, J./Eckes, C. (2020):** Engagementförderung und Demokratiestärkung in ländlichen Räumen – Was sagt die Forschung? In: Torsten Sowada/Mieste Hotopp-Riecke [Hrsg.]: Auf dem Lande alles ? Ein interdisziplinäres Lesebuch über die kreative Füllung von Leerstand. Berlin: Hirnkost KG: S. 72–81.

**Fielitz Maik/Schwarz, Karolin (2020)**: Forschungsbericht „Hate not found“. Online: https://t1p.de/f3t7.

**Kollodzieyski, T./Dieckmann, J. (2020)**: Empowerment, Emanzipation und Alltag: Das Inklusionsprojekt @54Kontraste, Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 32, Heft 2, De Gruyter.

**Quent, Matthias (2020**): Hassverbrechen oder „nur“ Amoklauf? Der Streit um die Einordnung des Münchner OEZ-Anschlags. In: Austermann/Fischer-Lescano/Kaleck/Kleffner, Kati Lang, Maximilian Pichl (Hrsg.): Recht gegen rechts. Report 2020. Frankfurt: Fischer, S. 287–294.

**Quent, Matthias (2020)**: Losers in the crisis? Europe's radical right wing in the COVID-19 pandemic. Centre d'Estudis de Temes Contemporanis (CETC) (Idees Magazine). Online: https://t1p.de/yajc.

**Quent, Matthias (2020**): Rechtsextremismus. 33 Fragen und Antwort. München: Piper.

**Quent, Matthias (2020)**: Stets weggesehen: Der verlogene Diskurs der „Mitte“ zum neuen Rechtsradikalismus in Deutschland. In: Harald Roth [Hrsg.]: Nie wegsehen! Vom Mut, menschlich zu bleiben, S. 173–178.

**Quent, Matthias (2020)**: Warum steht der Begriff „Rasse“ im Grundgesetz? In Bundeszentrale für politische Bildung. Online: https://www.bpb.de/lernen/projekte/312945/warum-steht-rasse-im-gg.

**Quent, Matthias/Rathje, Jan (2020)**: Ein populistisches Strohfeuer. Zum Aufstieg und Fall der Internetbewegung Widerstand2020 – Eine Kurzanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung. Online: http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16415.pdf.

**Quent, Matthias/Salheiser, Axel/Weber, Dagmar (2020):** Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Blätterwald: Auswertung und kritische Einordnung der Begriffsverwendung in Zeitungsartikeln (2014–2019). In: Deitelhoff/Groh-Samberg/Middell (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog. Frankfurt a. M. und New York: Campus, S. 73–88. Online: https://bit.ly/2WgE5Ir.

**Salheiser, Axel/Richter, Christoph (2020):**Der Rechtspopulismus und die Covid-19-Pandemie in Europa: Deutschland. Gleichzeitig: Right-Wing Populism and the COVID-19 Crisis in Europe: Germany / Le populisme de droite et la crise du COVID-19 en Europe: Allemagne. Electronic edition. Paris: Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Salheiser, Axel/Quent, Matthias/Thiele, Anja/Dieckmann, Janine/Geschke, Daniel (2020)**: Plurale Konzepte, Narrative und Praktiken gesellschaftlichen Zusammenhalts. In: Deitelhoff/Groh-Samberg /Middell [Hrsg.]: Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog. Frankfurt/New York: Campus, S. 195–217. Online: https://bit.ly/3aaH6lF.

# Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung: Call for Papers

Im Rahmen des FGZ gründete das IDZ in Zusammenarbeit mit zahlreichen renommierten Forscher:innen die neue wissenschaftliche Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZRex). Die Redaktion der Zeitschrift ist am IDZ Jena angesiedelt, die Zeitschrift wird im Rahmen des FGZ finanziell durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Ziel der ZRex st es, der wissenschaftlichen Forschung zur illiberalen, populistischen bzw. extremen Rechten ein Forum zu geben und damit das strukturelle Defizit einer fehlenden wissenschaftlichen Plattform für kritische Rechtsextremismusforschung zu beheben. Sie soll Entwicklungen der illiberalen, populistischen bzw. extremen Rechten analysieren, gesellschaftstheoretisch erklären sowie Forschungsmethoden und -ethik sowie Handlungsfelder (Prävention, Intervention, Repression) in diesem Forschungsfeld einer Reflexion zugänglich machen.

Die Zeitschrift steht interdisziplinären Zugängen sowie dem Austausch mit überschneidenden Forschungsfeldern offen – wie der Antisemitismus- und Rassismusforschung. Außerdem soll sie den Anschluss an internationale Forschungsdebatten und gesellschaftliche Diskurse ermöglichen. Mögliche Themen können sein:

- Aktuelle Entwicklungen, bspw. zur extremen Rechten und Covid-19-Pandemie
- Historische und aktuelle Analysen zur Entwicklung extrem rechter Organisationen, Parteien und Bewegungen
- Rechtsextremismus in Parlamenten u. Regierungen
- Ideengeschichte, Ideologieproduktion und Diskursstrategien der extremen Rechten
- Rechtsextreme und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen
- Individuelle, kollektive und gesellschaftliche Rechtsradikalisierung
- Rechte Gewalt, Rechtsterrorismus und Hasskriminalität
- Antisemitismus und Rassismus
- Gender und Rechtsextremismus
- Einflüsse und Zusammenhänge zwischen Erscheinungen des Rechtsextremismus und gesellschaftlichem Zusammenhalt
- Digitalisierung des Rechtsextremismus
- Interaktionen zwischen Rechtsextremismus und religiösem Fundamentalismus
- Internationale Entwicklungen und Vergleiche
- Lokal- und Ländervergleiche
- Netzwerkanalysen
- Praxisreflexionen und Evaluationen von Gegenmaßnahmen
- Literaturbesprechungen

## Verfahren und Zeitplanung

Generell: Die Herausgeber:innen nehmen jederzeit Abstracts für Beiträge sowie fertige Artikel entgegen. Beiträge aus dem nicht-deutschsprachigen Ausland können auf Englisch eingereicht werden. Für Heft 3 bitten wir um Einreichung eines 1- bis 2-seitigen Abstracts oder des fertigen Artikels bis zum 1. März 2021. Die Einladung zur Beitragseinreichung für Heft 3 erfolgt im Falle einer positiven Einschätzung bis zum 15. März 2021. Der Abgabetermin des fertigen Beitrags im Umfang von max. 50.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) mit kurzer Autor:innenbeschreibung ist der 30. Juni 2021. Alle eingereichten Beiträge durchlaufen ein Review-Verfahren (Doppelblind-Verfahren mit zwei externen Reviewer:innen), auf dessen Grundlage die endgültige Auswahl der Beiträge getroffen wird. Im Falle einer hohen Anzahl von positiv begutachteten Beiträgen behält sich die Redaktion vor, eine abschließende Auswahl vorzunehmen und ggf. Beiträge in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Einreichungen und Anfragen für weitere Informationen richten Sie bitte an redaktion@zeitschrift-rechtsextremismusforschung.de. Mehr Informationen zur ZRex, zu den Herausgeber:innen etc. finden sich unter www.zeitschrift-rechtsextremismusforschung.de.

# Neuerscheinung im Januar 2021

## Unter anderem mit Beiträgen von:

**Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“**
Gideon Botsch

**Von „Geldjuden“ und „Huren“ – Kritik der antisemitisch-sexistischen Ideologie**
Karin Stögner

**Die bundesdeutsche Erinnerungsabwehrgemeinschaft**
Samuel Salzborn

**Antisemitismus, die Legende der jüdischen Weltverschwörung und die Psychologie der Verschwörungsmentalität**
Roland Imhoff

**Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus**
Monika Schwarz-Friesel

**Antisemitismus in Thüringen**
Anja Thiele & Joël Ben-Yehoshua

ALLE BEITRÄGE FREI ZUGÄNGLICH UNTER:
www.idz-jena.de

Falls Sie Interesse an der kostenfreien Zusendung des Bandes haben, kann er unter bestellung@idz-jena.de angefordert werden. Zusätzlich werden alle Texte auch kostenfrei auf der Webseite des IDZ zum Download bereitgestellt: https://www.idz-jena.de/im-dialog/schriftenreihe-wissen-schafft-demokratie/